

14.06.2016

Pressemeldung

Landeselterntag in Bingen

## **Bewährtes beibehalten und gleichzeitig Bildungsangebot weiterentwickeln**

Zufrieden mit Verlauf und Ergebnis des Landeselterntages am 11. Juni in der Rochus-Realschule plus in Bingen zeigen sich die Organisatoren der Tagung, der Landeselternbeirat Rheinland-Pfalz, der Regionalelternbeirat Rheinhessen-Pfalz und der Schulelternbeirat. Etwa 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie Gäste aus Politik, Behörden und Verbänden nahmen die Gelegenheit wahr, die bildungspolitischen Pläne aus dem Mund der neuen Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig zu hören.

Kein einfaches „weiter so!“, sondern eine behutsame Weiterentwicklung des Bildungsangebotes stellte sie in Aussicht. Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Durchlässigkeit sind für sie wichtige Eckpunkte des Bildungssystems. Weil es sich als leistungsstark erwiesen habe, will Ministerin Dr. Hubig das differenzierte Schulsystem erhalten. Das schließt den Erhalt der Förderschulen mit ein. Die Unterrichtsversorgung solle durch 270 neu geschaffene Stellen gesichert werden. Insgesamt würden zum kommenden Schuljahr mehr als 1.200 junge Lehrkräfte eingestellt. Ministerin Hubig unterstreicht die Rolle der Eltern und der Familie für den Bildungserfolg der Kinder und verspricht, vertrauensvoll mit den Eltern im Land zusammenzuarbeiten und sie in zentralen bildungspolitischen Bereichen maßgeblich einzubinden.

„Auch wenn vieles in rheinland-pfälzischen Schulen gut läuft, ist es die Rolle der Elternvertretung, den Blick auf Schwächen zu lenken und uns für deren Behebung einzusetzen“, ist Landeselternsprecher Dr. Thorsten Ralle überzeugt. Handlungsbedarf sieht er bei der Unterrichtsversorgung. Noch immer werde die Stundentafel nicht an allen Schulen erfüllt, gebe es keine ausreichende Vertretungsreserve, entwickelten die Schulen keine Vertretungskonzepte für geplante Ausfälle wie Klassenfahrten oder Fortbildungstage. Neben den

Rahmenbedingungen sind ihm Unterrichtsqualität und Qualitätskontrolle besonders wichtig. Er fordert, die Bildungsstandards durch Mindeststandards zu ergänzen und die Schulen für den Bildungserfolg der Schülerinnen und Schüler „in die Pflicht zu nehmen“.

Es war Bildungsstaatssekretär Hans Beckmann, der dem Landeselternsprecher und seinem Stellvertreter sowie den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Rede und Antwort stand.

Beim Thema Unterrichtsversorgung gab es kein großes Entgegenkommen: Weniger Schülerinnen und Schüler bedeuteten auch weniger Lehrkräfte, eine 110-prozentige Versorgung sei zu teuer und nicht notwendig, die existierenden Instrumente „Personalmanagement im Rahmen erweiterter Selbstständigkeit von Schulen“ (PES) und „Feuerwehrlehrkräfte“ ausreichend. Wohl werde man auf Vertretungskonzepten bestehen, die Regeln der Lehrerwochenstundenzuweisung transparenter gestalten und auf die Einhaltung der Stundentafel achten. Bei diesem Punkt bleibt also der Dissens zu den Elternvertretern, die weiter eine Vertretungsreserve einfordern wollen.

Die Kritik an der Qualität des eigenverantwortlichen Unterrichts, die Lehramtsanwärter von Beginn des Referendariats an leisten müssen, soll bei der geplanten Evaluation der Lehrerbildungsreform berücksichtigt werden. Überhaupt bedeute die Aufhebung der Agentur für Qualitätssicherung, Evaluation und Selbstständigkeit von Schulen (AQS) keinen Stopp bei der Qualitätsentwicklung. Wichtige Instrumente seien die Vergleichsarbeiten in der 3. und 8. Jahrgangsstufe, die Parallelarbeiten in den 5. und 7. Klassen, internationale Leistungstests, der Ländervergleich des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) und andere Bildungsberichte. „Der Fokus liegt inzwischen auf der internen Evaluation“, betonte Staatssekretär Beckmann. Es sei geplant, die Bedeutung der Fachkonferenzen zu unterstreichen, den Orientierungsrahmen Schulqualität zu überarbeiten und den Aufbau einer Feedback-Kultur zu unterstützen. Im Übrigen enthalte das Gesetz mit dem schwierigen Namen „Gesetz zur Stärkung der inklusiven Kompetenz und der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften“ (IKFWG) bereits eine Verpflichtung der Schulen zu einem Fortbildungsplan.

Schulsozialarbeit und mehr Schulpsychologen finden beide Seiten wichtig und sinnvoll. Für deren Ausweitung auf alle Schularten sei man jedoch auf die finanzielle Unterstützung des Bundes angewiesen. Daher versuche die

Landesregierung, das Kooperationsverbot mit dem Bund in der Bildungspolitik aufzuheben.

Ein dickes Dankeschön gebührt der Schulgemeinschaft der Rochus-Realschule plus, die ein perfekter Gastgeber war. Und so hofft der Landeselternbeirat mit Schulleiterin Heidi Becker, dass die Schule bald die gewünschte Ergänzung der Fachoberschule durch eine dritte Fachrichtung erhält.

Der LandesElternBeirat Rheinland-Pfalz ist die Elternvertretung auf Landesebene und repräsentiert über 700.000 Eltern. Er setzt sich aus 32 gewählten Schulelternbeiratsmitgliedern aller Schularten zusammen und engagiert sich für die Qualitätssicherung der schulischen Bildung und Ausbildung. Der LandesElternBeirat unterhält eine Geschäftsstelle, deren hauptamtliche Mitarbeiterinnen neben den ehrenamtlichen Mitgliedern als Ansprechpartner für die Eltern im Land zur Verfügung stehen. Seine Zeitschrift „Elternarbeit in Rheinland-Pfalz“ erscheint vierteljährlich. Auf der Homepage [www.leb.bildung-rp.de](http://www.leb.bildung-rp.de) finden Eltern viele Informationen zum Thema Schule und Elternarbeit.